

Veruntreuung von Haushaltsmitteln: In Kiew wird gegen einen Auftragnehmer des kommunalen Unternehmens „Pleso“ ein Gerichtsverfahren eingeleitet

07.08.2026

Die Staatsanwaltschaft von Kiew hat die Anklageschrift gegen einen Auftragnehmer an das Gericht weitergeleitet, der bei der Sanierung eines Erholungsbereichs des kommunalen Unternehmens die Materialkosten überhöht und dem Haushalt der Hauptstadt einen Schaden von über einer halben Million Hrywnja zugefügt hat.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels aus der [Onlinezeitung Ekonomitschna Prawda](#). Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei [Ukraine-Nachrichten](#) verwendeten Konventionen.

???

Die Staatsanwaltschaft von Kiew hat die Anklageschrift gegen einen Auftragnehmer an das Gericht weitergeleitet, der bei der Sanierung eines Erholungsbereichs des kommunalen Unternehmens die Materialkosten überhöht und dem Haushalt der Hauptstadt einen Schaden von über einer halben Million Hrywnja zugefügt hat.

Dies teilt die Pressestelle der Kiewer Stadtstaatsanwaltschaft mit.

Die Staatsanwälte der Bezirksstaatsanwaltschaft Obolon der Stadt Kiew haben eine Anklageschrift gegen den Geschäftsführer des beauftragten Unternehmens, das die Renovierung des Erholungsgebiets „Verbna“ durchgeführt hat, an das Gericht weitergeleitet.

Es wurde festgestellt, dass das kommunale Unternehmen „Pleso“ und eine private Gesellschaft einen Vertrag über die Durchführung einer umfassenden Sanierung des Erholungsgebiets am See in Höhe von 1,9 Millionen Hrywnja abgeschlossen hatten, wobei ein Teil der Arbeiten jedoch nicht vollständig ausgeführt wurde. Die Auftragnehmer haben die Materialkosten beim Bau der Rampe und der Fußwege überhöht angegeben.

Den Ergebnissen der Gutachten zufolge entstand dem Haushalt der Hauptstadt durch diese Handlungen ein Schaden von über 511.000 Hrywnja – genau dieser Betrag wurde für die Arbeiten zu viel gezahlt.

Gegen die Geschäftsführerin des beauftragten Unternehmens, die falsche Angaben zu den erbrachten Leistungen in die Bilanz aufgenommen hatte, wurde ein Verdacht wegen Beihilfe zur Veruntreuung von Haushaltsmitteln, deren Legalisierung sowie wegen Amtsfälschung erhoben.

Die Ermittlungen im Vorfeld des Gerichtsverfahrens sind nun abgeschlossen. Die Anklageschrift wurde an das Gericht übermittelt.

Die Strafe gemäß diesem Paragraphen sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu 12 Jahren vor, verbunden mit der Einziehung von Vermögen sowie dem Entzug des Rechts, bestimmte Ämter zu bekleiden oder bestimmte Tätigkeiten auszuüben.

Die Ermittlungen werden von Ermittlern der Polizeidienststelle Obolon der Hauptpolizeidirektion der Stadt Kiew durchgeführt.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 299

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.